



Gefahr stilllegen

Fraktionsreport ⁰⁹ 2010

Nachrichten aus der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Kein Endlager für Atommüll in MV!

KOMMENTAR



Helmut Holter

Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender

Wir erleben in diesem Herbst, dass Menschen zu Zehntausenden sagen: Das, was die schwarz-gelbe Bundesregierung tut, wollen wir nicht. Zehntausende protestieren in Stuttgart, im Wendland und anderswo dagegen, dass sich die Bundesregierung in einer

Weise als Handlangerin von Konzernen gebärdet, wie es so unverfroren seit langem nicht der Fall gewesen ist. Mit der Atomlobby wurde ein Deal gemacht, der den Konzernen Milliarden Zusatzgewinne in die Taschen spült und zugleich Tausende Tonnen zusätzliche hochradioaktive Abfälle anhäuft. Und das, obwohl auch beim unter rot-grün vereinbarten Atomausstieg noch Mengen anfallen, die nicht beherrschbar sind. Auch damals gab es kein Konzept zur Lagerung der gefährlichen Hinterlassenschaft. Auch die Grünen müssen sich heute den Vorwurf gefallen lassen, dass sie in sieben Jahren Mitregieren im Bund in der Endlagerfrage nicht viel

mehr geschafft haben als ein Moratorium für die Gorleben-Erkundung. Niemand will das giftige Erbe, und auch wir in MV wollen keine Abfälle aus westdeutschen Atomanlagen. Da sind wir uns einig, zumindest mehrheitlich. Der Beschluss im Juli hier im Landtag hat das erneut deutlich gemacht. Aber was ist dieser Beschluss wert, wenn die CDU die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke befürwortet und die SPD in der großen Koalition gefangen ist? Konsequenter wäre es, wenn die Landesregierung wie einige andere Länder vor das Verfassungsgericht zöge und zumindest ein Mitspracherecht beim Atomgesetz einforderte. Inzwischen geht es

um mehr als nur um die Einlagerung von Atommüll in das Zwischenlager Nord. Mittlerweile sehen Experten Alternativen für Gorleben auch in Mecklenburg-Vorpommern. Ich möchte schon mitreden können, wenn in meinem Garten etwas vergraben werden soll. Rügen, Greifswald und Ostvorpommern haben inzwischen durch Beschlüsse ihrer Kommunalvertretungen den Satz im Raumentwicklungsprogramm Vorpommern bestätigt: Keine atomaren Abfälle ins Zwischenlager Nord außer denen aus MV und Brandenburg! Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass sich die Landesregierung diesem Votum konsequent anschließt.

CASTOR ...

... ist die Abkürzung für englisch *cask for storage and transport of radioactive material*, in Deutschland hergestellter Spezialbehälter für die Zwischenlagerung und den Transport von hochradioaktivem Abfall; Länge 6,10 m, Breite 2,50 m, Gewicht (beladen) 88-125 t, feuerfest bis zu 800 °C. Ein Castor kann je nach Typ 10 oder 14 t atomaren Brennstoff aufnehmen, entweder als Brennstäbe oder eingeschmolzen in Glaskokillen. In Castor-Behältern werden in Europa und den USA hochradioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken zur Wiederaufarbeitung und von dort zur Zwischenlagerung oder Wiederverwendung transportiert.

Laufzeit verlängert

Nach dem rot-grünen Atomkonsens sollte die Regellaufzeit vorhandener Kernkraftwerke 32 Jahre betragen. Doch die schwarz-gelbe Regierung will die alternden Atommeiler im Schnitt um weitere zwölf Jahre länger am Netz lassen. Wo die giftige Hinterlassenschaft gelagert werden soll, weiß bislang niemand.

Müll für die Ewigkeit

Die Frage eines Endlagers für die hunderttausende Jahre strahlenden Abfälle ist offen. Und die Ängste der Bevölkerung vor einem Super-Gau, etwa durch einen Unfall oder einen terroristischen Anschlag, sind berechtigt. Ohne Laufzeitverlängerung würden in den verbleibenden Jahren, bis das letzte Atomkraftwerk vom Netz geht noch weitere 17 200 Tonnen hochradioaktiver Müll angehäuft. Mit der Verlängerung werden es etwa 21 600 Tonnen sein.

Die Zukunft ist erneuerbar!



Als wir den Kampf gegen die Pläne, in Lubmin ein Steinkohlekraftwerk zu errichten, gewonnen hatten, wussten wir nicht, dass das Ende der Auseinandersetzungen am Energiestandort Lubmin noch lange nicht in Sicht ist. Heute kämpfen wir dagegen, dass Mecklenburg-Vorpommern Transitland für Castoren nach Russland wird, dass das Zwischenlager Nord ein dauerhaftes Zwischenlager für Atommüll aus ganz Deutschland wird und vielleicht sogar die Salzstöcke im Westen des Landes zum atomaren Endlager auserkoren werden. Dabei wissen wir: Die Zukunft ist erneuerbar! Und dieser ganze atomare Wahnsinn hindert uns daran, in kürzester Zeit Energie zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu beziehen.

Die Landesregierung macht viele schöne Worte, die vorgaukeln, angeblich genau das zum Ziel zu haben. Dabei war ihr Konzept „EnergieLand 2020“ bereits veraltet, als es das Licht der Welt erblickte. Die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien, die Erforschung noch ungelöster Probleme wie der Speicherung, die Schaffung virtueller Kraftwerke aus einem Mix an verschiedenen erneuerbaren Quellen, die Einbindung in regionale Wertschöpfungsketten sind wichtige Potenziale, die MV für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung erschließen muss und kann. Eine Energiewirtschaft auf der Basis erneuerbarer Energieträger kann am besten dezentral organisiert werden, gekoppelt an die Kommunen. Für die Kom-

munen bedeutet das, dringend benötigte Einnahmen zu erwirtschaften, die unter demokratischer Kontrolle und Mitsprache der Kommunalvertretungen im Interesse der Mehrheit der Bewohner eingesetzt werden können. Das schafft Unabhängigkeit von den Energiekonzernen, deren Hauptinteresse naturgemäß in der Maximierung ihrer Gewinne besteht. Die Erneuerbaren Energien werden verantwortlich gemacht für die hohen Energiekosten in Deutschland. Aber die Preistreiber sitzen bei den Stromkonzernen. Und die Bundesregierung ist nicht bereit, diese Extragewinne abzuschöpfen. Glücklicherweise verstehen immer mehr Menschen, dass wir aus dem atomaren und fossilen Energiezeitalter raus müssen. Die Erneuerbaren Energien bieten die Möglichkeit für eine sichere, Klima freundliche und nach und nach auch kostengünstige Versorgung mit Strom und Wärme. Mecklenburg-Vorpommern hat dafür hervorragende Voraussetzungen. Wir müssen sie nur nutzen.

*Dr. Mignon Schwenke,
wiss. Mitarbeiterin*

Keine Transporte über MVs Häfen

Die Fraktionen von SPD und CDU haben die Dringlichkeit unseres Antrags „Keine Atomtransporte nach Russland über Mecklenburg-Vorpommerns Häfen“ abgelehnt – es läge ja noch kein Antrag für ein derartiges Vorhaben vor. Das ist völlig unverständlich. Die Regierungsfaktionen sollten im Interesse des Landes bereits heute unmissver-

ständlich klar machen, dass die vorgesehenen Castor-Transporte von Ahaus nach Russland nicht über die Häfen unseres Landes verschifft werden dürfen. Aber offenbar wollen die Regierungsfaktionen abwarten, bis vollendete Tatsachen geschaffen sind, um dann wieder schulterzuckend auf bestehendes Recht zu verweisen.

Nach der Weigerung der Bundesländer Hamburg und Bremen, Castortransporte nach Russland über ihre Häfen verschiffen zu lassen, ist nun der Rostocker Hafen im Gespräch. Abwarten und Tee trinken ist die falsche Reaktion. Entschlossener, deutlich vernehmbarer Widerspruch muss jetzt angemeldet werden.

Wolfgang Griese

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Energiewerke Nord (EWN) haben bis heute eine sehr gute Arbeit geleistet. Sie haben Neuland beschritten beim Abbau eines Atomkraftwerkes, haben Know-How erworben, das national und international noch weit besser vermarktet werden könnte und müsste. Technik und Technologie der Konditionierung sind in den EWN entwickelt worden – das ist nicht hoch genug einzuschätzen. Aber das Zwischenlager Nord (ZLN) darf nicht zu einem De-facto-Endlager für Atom Müll von sonst wo her werden – gegen den Willen des Landes und der Menschen, die hier leben! Diese Gefahr besteht, weil es faktisch ein Endlager ist, so lange es kein wirkliches gibt! Nun hat EWN-Geschäftsführer Dieter Rittscher beantragt, die zeitliche Begrenzung der Pufferlagerung zu streichen. Dass Herr Rittscher dies gerade in einer Zeit tut, in der die gesellschaftliche Ablehnung der Atomkraft überdeutlich zum Ausdruck kommt, zeigt, wes Geistes Kind er ist. Ohne Rücksicht auf Verluste! Das

ist das Motto der Atomlobby. Und leider auch der verantwortlichen Politiker. Es bedarf keiner Brückentechnologie Atomenergie. Nach dem rot-grünen Atomausstiegsgesetz soll das letzte Atomkraftwerk 2022 vom Netz gehen. Das ist Brücke genug.

Die Bundeskanzlerin beruft sich im Zusammenhang mit dem so genannten Sparpaket auf die Verantwortung für

nobyl, zahlreiche Pannen und kleinere Unfälle in Atomkraftwerken überall auf der Welt, das ungelöste Problem der Lagerung der radioaktiven Abfälle und die insgesamt ungeheuren Risiken für Mensch und Natur. Diese Risiken wollen die Menschen nicht mehr tragen, sie wehren sich zu Recht. Ohne Laufzeitverlängerung würden in den verbleibenden Jahren bis das letzte Atomkraftwerk vom Netz



geht noch weitere 17 200 t hochradioaktiver Müll angehäuft, mit der Verlängerung werden es etwa 21 600 t sein. Wo die gelagert werden sollen, ist bisher völlig offen. Eine zufrieden stellende Lösung für die Endlagerung des Mülls wird es nicht geben! Deshalb ist die einzige richtige Konsequenz: Ausstieg aus der atomaren Energiewirtschaft und das schneller als im rot-grünen Gesetz vorgesehen. Der Atomdeal ist das Kernstück des Energiekonzepts der Bundesregierung, in dessen Folge der dringende Ausbau der erneuerbaren Energien blockiert wird.

Prof. Dr. Wolfgang Methling

die nachfolgenden Generationen. Bei den Hinterlassenschaften der Atomindustrie ist ihr das offensichtlich egal. Es gab gute Gründe, dass 2002 der Ausstieg aus der Atomenergieerzeugung, übrigens im Einvernehmen mit den Energiekonzernen, beschlossen wurde. Es waren die Katastrophe von Tschernobyl,

Aktionstag gegen die Atompolitik

Die Linksfraktion wird am 7. Dezember 2010 gemeinsam mit der Greifswalder Bürgerschaftsgraktio in der Zeit von 10 bis 16 Uhr eine öffentliche Fraktionssitzung in Greifswald durchführen. Der Tag steht unter dem Motto „Nein zum Atomdeal! Nur Atom Müll aus MV und Brandenburg ins Zwischenlager

Nord“. Als Gäste werden u.a. die Landrätinnen von Rügen und Ostvorpommern, Kerstin Kassner und Barbara Syrbe, Vertreterinnen und Vertreter der Bundestagsfraktion, sowie von Bürgerinitiativen teilnehmen. Die Menschen vor Ort und deutschlandweit haben zu Recht große Sorge ange-

sichts der Energiepolitik der Bundesregierung. Wir teilen diese Sorge, unterstützen die bundesweiten Proteste gegen die weitere Nutzung der Kernenergie und wollen mit bunten Aktionen rund um das Rathaus Zeichen setzen und gegen die Atompolitik des Bundes demonstrieren.

Die Mär vom billigen Atomstrom

250 Mrd. Euro Subventionen sind in Atomwirtschaft geflossen, Kosten für Entsorgung und Zwischenlagerung, für die Transporte trägt der Steuerzahler, Sanierung der Asse wird mindestens 850 Mio. Euro kosten, Sicherung des Lagers Morsleben kostet 2,5 Mrd. Euro.

Sinken die Benzin- und Heizpreise durch Atomkraft?

Nein, Autos werden nicht mit Atomkraft betrieben und Wohnungen nicht mit Uran beheizt. Atomkraftwerke ersetzen weder Gas noch Öl und können auch die Öl- oder Gaspreise nicht dämpfen.

Sinkt der Strompreis durch eine Laufzeitverlängerung?

Nein, der Strompreis wird an der Leipziger Strombörse gebildet. Die vier großen Energieunternehmen setzen hohe Strompreise aufgrund ihrer Marktdominanz durch.

Zusatzgewinne durch Laufzeitverlängerung?

Jedes Jahr verlängerte Restlaufzeit spült mehr als fünf Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen der Energiekonzerne. Pro Jahr und Reaktor erzielen die Konzerne z.Zt. durchschnittlich 300 Mio. Euro Reingewinn.

Die Anträge der Landtagssitzung im November

- Aktuelle Stunde: Interesse des Landes wahren: Atomdeal stoppen – Kein Endlager auf dem Gelände der EWN
- Weitere Bodenspekulation in Mecklenburg-Vorpommern verhindern
- Programm „Soziale Stadt“ mit ganzheitlichem Ansatz erhalten
- Schlechterstellung von Menschen mit Behinderung im geplanten 15. Rundfunkstaatsvertrag verhindern
- Tierschutz ist Verfassungsziel - Tierheime im Lande endlich wirksam unterstützen
- Gleichstellung von Frauen und Männern weiter verstärkt fördern
- Transparenz ausbauen - Korruption vorbeugen
- Zukunftsfähiges Konzept zur Entwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen
- Bericht zur Umsetzung des Artikels 24 des „Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung“

Spendenübergabe in Greifswald



Helmut Holter bei der Übergabe einer Spende in Höhe von 1500 Euro an den Verein Behindertenforum im Haus der Begegnung in Greifswald. Laut einem Beschluss der Fraktion erhalten soziale, kulturelle und

ökologische Vereine oder Projekte seit Anfang des Jahres Zuwendungen aus der seinerzeit beschlossenen Diätenerhöhung. In Greifswald würdigte die Fraktion das jahrzehntelange Wirken des Vereins

für Menschen mit Behinderung.

Das Behindertenforum hat die Linksfraktion gebeten, sich dafür einzusetzen, dass Menschen mit Behinderungen im Rundfunkänderungsstaatsvertrag nicht schlechter gestellt werden. Das hat die Fraktion u.a. auf der November-Sitzung im Landtag getan. Aber die Koalitionsfraktionen haben den Antrag „Schlechterstellung für Menschen mit Behinderungen im geplanten 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag verhindern“ abgelehnt. „Damit straft die Regierungskoalition ihre bisherigen Aussagen zur Behindertenpolitik Lügen“, so die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Irene Müller.

Nein zu Gewalt an Frauen und Mädchen!



Wir unterstützen die Aktion der Menschenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ wider die Gewalt gegen Frauen. Es ist bei uns schon Tradition, dass wir uns anlässlich des internationalen Gendertages „Nein zu Gewalt an

Frauen“ an der Fahnenaktion beteiligen. Wir setzen damit ein Zeichen, dass wir Gewalt gegen Frauen nicht hinnehmen. Es ist einer der größten Skandale unserer Zeit, dass die weltweit grassierende Gewalt gegen Frauen und Mäd-

chen immer noch tabuisiert wird, sie muss angeprangert und gesellschaftlich geächtet werden.

Peter Ritter

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

www.linksfraktionmv.de

2011
Courage-Preis
Für Demokratie und Toleranz.

Impressum

Fraktionsreport
herausgegeben von der
Fraktion DIE LINKE im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Tel: 0385 - 5252500
fraktion@dielinke.landtag-mv.de
V. i. S. d. P: Claudia Schreyer
Layout: Lars Kulesch
Titelbild: Lars Pohlmann / flickr.com
19. November 2010